

9.5.2014

**HRK-Präsident zur neuen Prognose der Studienanfängerzahl:
Ohne Bund-Länder-Kooperation droht Kollaps**

Die neue Vorausberechnung der Studienanfängerzahlen, die die Kultusministerkonferenz (KMK) gestern veröffentlicht hat, kommentierte der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Professor Dr. Horst Hippler, heute in Karlsruhe:

„Es handelt sich bei den hohen Studienanfängerzahlen mitnichten um einen einmaligen Gipfel, sondern um ein Hochplateau. Diese Mahnung der HRK wird jetzt durch die neue KMK-Vorausberechnung untermauert. Um dramatische Konsequenzen für die studierwilligen jungen Menschen und einen Kollaps der Hochschulen zu verhindern, müssen Länder und Bund endlich ihre fortwährenden Kompetenzstreitigkeiten beenden und zusammenarbeiten:

1. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Abschaffung des Kooperationsverbots muss sofort kommen.
2. Da der laufende Hochschulpakt II nicht auskömmlich ist, muss er umgehend aufgestockt werden.
3. Der zugesagte Hochschulpakt III muss deutlich höher veranschlagt werden.
4. Eine nachhaltige Hochschulfinanzierung kann nur durch eine Beteiligung des Bundes an der Grundfinanzierung erfolgen. Kompensatorische Einsparungen der Länder müssen verhindert werden.

Die neuen KMK-Zahlen liegen durchgängig erheblich über der alten Vorausberechnung: Bisher war die KMK davon ausgegangen, dass die Höchststände der Studienanfängerzahlen von knapp über 500.000 auf rund 450.000 bis zum Jahr 2020 zurückgehen. Nach neuem Stand erreichen die Zahlen immer noch fast 500.000 Anfänger.

Dies bedeutet bereits für den laufenden Hochschulpakt II, dass für seine gesamte Laufzeit nicht 625.000, sondern mehr als 700.000 zusätzliche Anfänger erwartet werden. Der Finanzbedarf steigt dadurch bis 2015 um 600 Millionen Euro und bis 2018 um eine weitere Milliarde.

Für den zugesagten Hochschulpakt III ergibt sich, dass anstelle der ursprünglich prognostizierten Zahl von insgesamt rund 500.000 zusätzlichen Studienanfängern mit weit über 650.000 gerechnet werden muss. Dies erhöht das Finanzvolumen bis 2020 um drei Milliarden Euro, darüber hinaus bis 2023 um mehr als eine Milliarde Euro.

Die Regierungsparteien haben im Koalitionsvertrag die zentrale Bedeutung der Hochschulen für das Wissenschaftssystem und die Zukunft des Landes anerkannt. Die Politik muss handeln!“